

A stylized map of South Sudan composed of a grid of grey dots. Several dots are highlighted in red, indicating specific locations or points of interest on the map.

Ein Konflikt um politische Legitimität im Südsudan

HENRIK MAIHACK
November 2017

- Bewaffnete Konflikte im Südsudan finden zwischen einer wachsenden Anzahl von Konfliktparteien statt. Während sich nationale und lokale Konfliktursachen zunehmend vermischen, wird diese veränderte Konfliktkonstellation von den international geförderten Friedensbemühungen bisher nicht berücksichtigt. Ein Umdenken ist notwendig.
- Ein Frieden in Juba bedeutet nicht Frieden für den Südsudan. Daher stehen die Chancen für eine Wiederbelebung des im September 2015 geschlossenen Friedensabkommens schlecht, das durch eine Machtteilung in der Hauptstadt Frieden im ganzen Land erreichen will.
- Eine offene und integrative politische Diskussion über die Legitimität der politischen Ordnung hat im Südsudan bisher nicht ausreichend stattgefunden. Hierzu gehört auch die Diskussion der Frage, was den Südsudan mit seiner heterogenen Bevölkerung über die Unabhängigkeit vom Norden hinaus zusammenhalten kann. Durch den bewaffneten Konflikt ist das gesellschaftliche Vertrauen an einem Tiefpunkt angekommen.
- Friedensbemühungen der internationalen Gemeinschaft treffen im Südsudan auf eine jahrzehntelange Geschichte politischer Auseinandersetzungen und bewaffneter Kämpfe, aus der eine politische Ökonomie hervorgegangen ist, die den Griff zu den Waffen bisher belohnt hat. Nur wenn politische Eliten im Rahmen von Dialoginitiativen auch zur Rechenschaft gegenüber der Bevölkerung gezogen werden, hat Frieden eine Chance.



Inhalt

Die Ursachen	3
Anreize zum Kampf	5
Was ist neu im aktuellen Konflikt?	6
Nach dem Scheitern von ARCSS: Wer kämpft gegen wen?	7
Derzeitige Friedensinitiativen	8
Was sollte getan werden?	9

Ein Ende des Krieges im Südsudan rückt in immer weitere Ferne. Die Kämpfe dauern an und haben zu einer der größten humanitären Katastrophen weltweit geführt. Über vier Millionen Menschen und damit ein Drittel der Bevölkerung sind auf der Flucht. Die Hälfte der Flüchtlinge ist in die Nachbarländer geflohen. Zwar kann diese Katastrophe kurzfristig durch humanitäre Hilfe gelindert werden, aber die Ursachen sind komplex und vor allem politischer Natur. Der unmittelbare Auslöser des erneuten Kriegsausbruchs im Juli 2016 liegt in der nicht bewältigten Regierungskrise von 2013. Die tiefer liegenden Ursachen sind aber in der politischen Struktur des jüngsten Landes der Welt zu suchen.

Im Dezember 2013 führte ein parteiinterner Machtkampf zwischen verschiedenen Fraktionen der militarisierten Regierungspartei Sudan People's Liberation Movement (SPLM) zum Ausbruch des Bürgerkrieges. Ein halbes Jahr zuvor hatten hochrangige SPLM-Politiker_innen öffentlich erklärt, dass sie Salva Kiir die Präsidentschaft von Staat und Partei auf dem nächsten Parteitag streitig machen würden, woraufhin Kiir diese aus ihren Ämtern entließ. Unmittelbarer Auslöser des Bürgerkriegs war dann die Beschuldigung Präsident Kiirs, sein SPLM-interner Konkurrent und ehemaliger Vizepräsident Riek Machar plane einen Staatsstreich. Infolgedessen kam es zu Kämpfen zwischen der Regierungsarmee SPLM unter dem Kommando von Salva Kiir und den von Riek Machar kommandierten Gruppen, der Sudan People's Liberation Movement-in-Opposition (SPLM-IO). Die Kämpfe fanden zunächst in Juba und anschließend im Norden des Landes statt.

Nach mehreren gescheiterten Anläufen unterzeichneten Kiir und Machar im August 2015 widerwillig und nach immensem Druck der internationalen Gemeinschaft – angeführt von der Troika aus USA, Großbritannien und Norwegen – im Rahmen der Regionalorganisation Intergovernmental Authority on Development (IGAD) ein Friedensabkommen, das Agreement on the Resolution on the Conflict in the Republic of South Sudan (ARCSS). Das Abkommen war eine umfassende To-do-Liste, die vom Aufbau von Institutionen bis zur Reform des Militärs reichte, darunter besonders lobenswerte Initiativen wie eine Verfolgung von Kriegsverbrechen durch ein Sondergericht.

Vor allem handelte es sich bei dem Abkommen aber um eine Machtteilung zwischen Kiir und Machar. So sah das

Abkommen vor, dass Machar mit einigen seiner Truppen nach Juba zurückkehrt, dort Vize-Präsident in einer Einheitsregierung wird und seine weiteren Truppen an Sammelplätzen in verschiedenen Regionen stationiert, wo sie dann in die Regierungsarmee integriert werden sollten. Jedoch wurde schnell klar, dass das Abkommen allein kein neues Vertrauen herstellte und auch nicht die Anreize zum Kampf reduzierte. Hierauf deuteten bereits die öffentlich kommunizierten Bedenken von Regierung und bewaffneter Opposition noch während der Unterzeichnung des Abkommens hin.

Ein strukturelles Problem des Abkommens war zudem, dass bewaffnete Akteure und lokale Ursachen von Gewalt während der Verhandlungen durch den Druck der internationalen Gemeinschaft in das Schema des Zweikampfes zwischen Regierung und SPLM-IO gepresst wurden. Weil das Abkommen eine Zusammenkunft verfeindeter Truppen von Regierung und SPLM-IO in der Hauptstadt vorsah, ohne vorher Vertrauen zwischen den Anführern dieser Gruppen zu schaffen, reichte eine kleine Konfrontation an einem Checkpoint in Juba aus, um erneut heftige Kämpfe zwischen Kiirs und Machars Truppen auszulösen, in deren Folge Machar und seine Truppen aus Juba verdrängt wurden.

Machar floh in die Demokratische Republik Kongo und ging schließlich ins Exil nach Südafrika. Präsident Kiir erklärte kurzerhand Machars Stellvertreter Taban Deng zum neuen Vizepräsidenten, der außerhalb Jubas aber kaum Unterstützung genießt. Diese Umbildung der Einheitsregierung wurde von IGAD, Troika und internationaler Gemeinschaft anerkannt, was zur Spaltung der SPLM-IO führte: Eine kleine Fraktion blieb in Juba und arbeitete nun mit Anerkennung der internationalen Gemeinschaft in der Übergangsregierung, während der entscheidende Teil der SPLM-IO weiterhin Machar bei seiner Flucht aus Juba durch die südliche Region Equatoria folgte und seither gegen die Regierung kämpft. Das Friedensabkommen war damit gescheitert, und der Konflikt breitet sich seitdem aus.

Die Ursachen

Die unmittelbaren Auslöser für die Spaltung der SPLM dürfen aber nicht mit den strukturellen politischen Ursachen der heutigen Gewalt im Südsudan verwechselt werden. Es rächt sich zunehmend, dass es bisher kaum

Dialogprozesse gab, aus denen die Legitimität der politischen Ordnung – also gesellschaftspolitisch anerkannte normative und institutionelle politische Grundlagen – im Südsudan hätte hervorgehen können. Derzeit existieren keine staatlichen Institutionen, die genug Vertrauen genießen, um politische Konflikte zwischen unterschiedlichen Gruppen friedlich lösen zu können. Stattdessen tritt der Staat zunehmend als konkrete Bedrohung im Leben vieler Bürger_innen auf. Die staatliche Verwaltung, das Militär oder die Justiz werden in Teilen der Bevölkerung nicht als legitime Institutionen, sondern als Bastionen einzelner Gruppen angesehen, die ihre Interessen einseitig durchzusetzen versuchen. So wird der neue Staat in vielen Landesteilen oftmals eher als Urheber militärischer Aggression, denn als Adressat für politische Interessen oder als Erbringer von staatlichen Leistungen erlebt.

In Abwesenheit von staatlicher Anerkennung und Repräsentation der unterschiedlichen Ansprüche und Identitäten der Bevölkerung des Südsudan wird die eigene ethnische Gruppe oftmals als einzig funktionierender und identitätsstiftender Anerkennungs- und Schutzmechanismus angesehen. Zwar ist es in der Geschichte des heutigen Südsudan regelmäßig zu komplexen Austausch- und Kooperationsprozessen zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen in verschiedenen Regionen gekommen, dennoch nimmt durch die opportunistische Mobilisierung politischer Eliten und die Hetze z.B. in den sozialen Medien die identitätsbildende Bedeutung eines exklusiven Verständnisses von Ethnizität für viele Menschen und vor allem für die derzeit Kämpfenden zu. Auch wenn die verschiedenen gewaltsamen Konflikte im Südsudan daher ursächlich nicht ethnischer, sondern politischer Natur sind, werden diese Konflikte von wichtigen Akteuren als solche fundamentalen ethnischen Überlebenskämpfe interpretiert. Eine Folge ist die rapide Abnahme des gesellschaftlichen Vertrauens.

Ein entscheidender Grund für diese Dynamik sind die offenen gesellschaftspolitischen Fragen, die nach der Unabhängigkeit entweder von der Regierung in Juba mithilfe der internationalen Gemeinschaft unter Zeitdruck nur technokratisch abgearbeitet wurden oder gänzlich ungelöst blieben: Wer trifft politische Entscheidungen auf nationaler und lokaler Ebene mit welcher politischen Legitimation und welchem Ziel? Wie sollen die Ressourcen des Landes geteilt werden und wer darf darüber bestimmen? Sollte der Südsudan angesichts der Heterogenität seiner Bevölkerungsgruppen eher als Zen-

tralstaat oder mit einer föderalen Struktur regiert werden? Welche Rolle soll die Regierungspartei SPLM und die mit ihr eng verwobene Regierungsarmee SPLA dabei zukünftig spielen? Welche Rolle spielen gemeinsame politische Ziele oder Visionen für den Zusammenhalt des Landes? Was kann den Südsudan mit seiner heterogenen Bevölkerung über die Unabhängigkeit vom Norden hinaus zusammenhalten?

Das Versäumnis der Beantwortung dieser Fragen geht zurück auf die Zeit nach dem Comprehensive Peace Agreement (CPA) zwischen der SPLM und der Regierung in Khartum im Jahre 2005, das auch die Unabhängigkeit 2011 ermöglichte. Nach dem Tod des SPLM-Vorsitzenden John Garang im Juli 2005, der für einen gerechten, säkularen, föderalen, aber weiterhin geeinten Sudan geworben hatte, übernahm Salva Kiir die Vize-Präsidentschaft des Sudan. Unter seiner Führung ging es der SPLM fortan verstärkt um eine Kooptierung südsudanesischer Rebellengruppen außerhalb der SPLM, die den Führungsanspruch der SPLM für den Süden infrage stellte, sowie um eine deutliche Förderung der Unabhängigkeit und nicht mehr – wie im CPA vereinbart – um die Diskussion eines politisch attraktiven Modus des Zusammenlebens in einem geeinten Sudan. Kurzfristige Konflikteindämmung, die schnelle Erreichung der Unabhängigkeit und damit der exklusive Zugang zu den Öleinnahmen waren für die SPLM-Führung unter Kiir wichtiger als die inklusive Entwicklung einer nachhaltigen gesellschaftspolitischen Basis für ein friedliches Zusammenleben im Südsudan.

Die Diskussionen über angemessene Konfliktlösungsmechanismen und politische Institutionen nach der Unabhängigkeit wurden aufgeschoben und gingen in der Euphorie der durch ein eindeutiges Referendumsergebnis ermöglichten Unabhängigkeit 2011 schließlich unter. Während die Unabhängigkeit der entscheidende Moment gewesen wäre, um die offenen Fragen der politischen Organisation in dem neuen Land aufzugreifen, wurde von der SPLM-Führung stattdessen mit der Aufrechterhaltung des nun einmal geschaffenen Status quo begonnen, ohne eine Diskussion der politischen Zukunft des Südsudan entlang der oben genannten Fragen überhaupt zuzulassen.

Dieses Versäumnis lag auch an der Art und Weise der Zusammenarbeit zwischen internationaler Gemeinschaft und der Regierung des neuen Südsudan. Vor und besonders nach der Unabhängigkeit förderte die internationa-

le Gemeinschaft mit enormem Ressourcenaufwand einen technischen Aufbau von Institutionen, der ohne die gesellschaftspolitischen Voraussetzungen jedoch hohl blieb. So wurden mithilfe der internationalen Gemeinschaft schnell politische Tatsachen geschaffen, ohne den dafür notwendigen politischen Aushandlungsprozess voranzustellen. Dadurch entstanden nationale Institutionen in Juba; ob deren Funktionsweise und politische Führung aber ausreichende Legitimität in den Augen der Bevölkerung genießen, konnte nach der Unabhängigkeit nicht ermittelt werden.

Nach umstrittenen Wahlen im Jahr 2010, welche die SPLM gewann, kam es nicht mehr zu einem Prozess, in dem die Bevölkerung Rechenschaft von der Regierung hätte einfordern oder diese hätte wählen können. Noch wichtiger als Wahlen wären jedoch zunächst breite Dialogprozesse in Juba und verschiedenen Landesteilen über geeignete politische Institutionen bzw. Konfliktlösungsmechanismen für das neue Land gewesen. Auch diese fanden nicht statt. Durch die internationale Anerkennung in ihrer Regierungsposition weitgehend abgesichert und durch die Öleinahmen vom internationalen Export gestärkt, richtete sich die Aufmerksamkeit der Regierung in Juba unter Präsident Kiir fortan auf die Aufrechterhaltung der aktuellen Regierungskonstellation und ihrer Einnahmemöglichkeiten, nicht aber auf den Staatsaufbau und den gesellschaftspolitischen Dialog mit der eigenen Bevölkerung.

Die lokale Ebene und die dort zuständige Verwaltung wurden nach der Unabhängigkeit zunächst vernachlässigt und dann durch Verwaltungsreformen in einer Art und Weise politisch aufgeteilt, die neue Konflikte hervorrief. Der Wunsch nach Anerkennung, Sicherheit, Würde und Selbstbestimmung der verschiedenen Bevölkerungsgruppen, die sich unter anderem durch Sprachen, die Teilung in Ackerbauern und Viehhalter mit teilweise überlappenden Landansprüchen sowie unterschiedliche politische Loyalitäten stark unterscheiden, wurde immer mehr vernachlässigt – ein Legitimationsdefizit, auf das die Friedensbemühungen bisher nicht ausreichend eingehen.

Die SPLM-Führung um Präsident Kiir nutzte die ersten Jahre nach der Unabhängigkeit hingegen geschickt, um die politische Dominanz einer kleinen Elite innerhalb der SPLM schrittweise auszubauen. So konnte die SPLM trotz des Aufbaus ziviler Institutionen weiterhin in den Kate-

gorien einer militärischen Organisation funktionieren, in der Regierungspartei und Regierungsarmee eng verwoben blieben. Die politische Legitimität der Regierung in Juba wurde jedoch spätestens mit dem Ausbruch des Bürgerkriegs 2013, der eine Folge der Aufspaltung der SPLM war, immer fragiler. Die vormals geeinte SPLM-Regierung konnte zumindest die historische Leistung im Kampf für bzw. in der Aushandlung der Unabhängigkeit geltend machen. Der aktuellen SPLM-Regierung in Juba gelingt das immer weniger.

Anreize zum Kampf

Friedensbemühungen der internationalen Gemeinschaft treffen im Südsudan auf eine jahrzehntelange Geschichte politischer Auseinandersetzungen und bewaffneter Kämpfe, aus der eine politische Ökonomie hervorgegangen ist, die den Griff zu den Waffen bisher belohnt hat. Schon vor der Unabhängigkeit fanden Konflikte zwischen der SPLM und der Regierung im Sudan meist parallel zu gewaltsamen Konflikten zwischen einzelnen Gruppen innerhalb des Staatsgebietes des heutigen Südsudan statt. Infolge der Kämpfe zwischen einzelnen südsudanesischen Gruppen starben daher schon vor der Unabhängigkeit mehr Menschen als in Kämpfen mit der sudanesischen Armee. Die Abwesenheit integrativer politischer Prozesse auf nationaler Ebene, die vor und nach der Staatsgründung 2011 bewaffnete Konflikte im Südsudan hätten längerfristig beilegen können, ist ein Grund für die heutige Situation. Eine politische Anerkennung und Einbindung von Akteuren außerhalb der Regierungskoalition erfolgte durch die Regierung zudem bisher nur nach erfolgreicher Destabilisierung, also wenn diese Akteure zum Sicherheitsrisiko für das Regime in Juba wurden. Diese Kooptierung und Belohnung von bewaffneten Gruppen sind weitere wichtige Gründe für die seit der Unabhängigkeit 2011 immer wieder ausbrechenden lokalen und nationalen bewaffneten Konflikte. Die Anreize, um für das Erreichen politischer Ziele zu den Waffen zu greifen, bleiben dementsprechend hoch.

Der Ölreichtum in den Jahren vor und in den ersten Jahren nach der Unabhängigkeit erleichterte diese Einbindung von bewaffneten Oppositionsgruppen in die Regierung und Armee in Juba. Das Ölgeld führte dazu, dass Regierungseinnahmen – auch ohne den nachhaltigen Aufbau einer diversifizierten Wirtschaft – nach Juba in den Sicherheitssektor bzw. in die Kooptierung von bewaffne-

ten Gruppen in Regierung und Armee sowie oftmals auf Privatkonten politischer Eliten im Ausland flossen und eine Aufblähung der Sicherheitskräfte nach sich zog. Darüber hinaus blieb die Regierung aufgrund der Öleinnahmen gänzlich unabhängig von Steuereinnahmen bzw. der inländischen zivilen Wirtschaft und damit auch von der demokratischen Zustimmung der Bevölkerung. Dabei kam es zu einer Konzentration finanzieller und politischer Ressourcen in Juba. Das Kooptierungsmodell sorgte bis zur vorübergehenden Einstellung der Ölexporte im Jahre 2012 aufgrund eines Konfliktes mit dem Sudan, gefolgt von einem weltweiten Fall des Ölpreises für ein gewisses Maß an Stabilität, weil es gelang, oppositionelle Gruppen mit dem Ölgeld einzukaufen. Mit dem Rückgang der Öleinnahmen konnte sich die Regierung diese Kooptierung jedoch nicht mehr leisten, was die Integration bewaffneter Gruppen zunehmend erschwert.

Als Konsequenz wird die Regierung spätestens seit Mitte 2013 von einer immer kleineren Gruppe um den Präsidenten monopolisiert. Die Mitglieder dieser Gruppe verbindet ihre militärische Vergangenheit in der SPLM und meist auch die Zugehörigkeit zur Bevölkerungsgruppe der Dinka. Vormalig politisch einflussreiche Akteure, die weiterhin über loyale bewaffnete Gefolgschaft verfügen, wurden spätestens ab 2013 systematisch ausgegrenzt. Regierungspolitik ist somit zu einer zunehmend exklusiven Angelegenheit geworden. Als Folge wurden vermeintliche ethnische Unterschiede von politischen Entscheidungsträger_innen auf allen Seiten vermehrt für die Durchsetzung ihrer politischen Ziele genutzt. Die Regierung in Juba setzte dabei mit Waffengewalt ihren exklusiven Anspruch auf politische Macht durch und mobilisierte hierfür Milizen aus der Bevölkerungsgruppe der Dinka. Ausgegrenzte politische Eliten wehren sich auf ähnliche Art und mobilisieren mit dem Argument ethnischer Diskriminierung, um wieder in die Verteilung der politischen und wirtschaftlichen Macht eingebunden zu werden. Dabei können sie auf die Ablehnung der Regierung in großen Teilen der Bevölkerung bauen.

Was ist neu im aktuellen Konflikt?

Aufgrund der schwindenden Ressourcen in Juba und dem brutalen Vorgehen der Regierungsarmee gegen bewaffnete Oppositionsgruppen sowie die Zivilbevölkerung hat sich der Konflikt mittlerweile dezentralisiert, fragmentiert und zunehmend zu einem Konflikt mit ei-

ner größeren Zahl bewaffneter – oftmals lokaler – Gruppen gewandelt. Lokale und nationale Konfliktgegenstände werden hierbei zu einem eskalierenden Gemisch.

Die geografische Ausweitung und Fragmentierung des Krieges ab 2016 bedeutet eine veränderte Dynamik, die für die Suche nach Konfliktlösungen aber bisher keine Konsequenzen zu haben scheint. So ist der aktuelle Krieg schon lange kein Zweikampf mehr zwischen zwei Personen an der Spitze zweier Bevölkerungsgruppen – Kiir (Dinka) und Machar (Nuer) –, sondern ein bewaffneter Konflikt zwischen verschiedenen Gruppen mit unterschiedlichen Zielen, die teils auf lokaler, teils auf nationaler Ebene angestrebt werden. Die internationale Gemeinschaft ging für zu lange Zeit jedoch von genau diesem Zweikampf aus, den man mit einer Machtteilung zu beenden können glaubte. Dies hat jedoch bereits 2013 nicht funktioniert, sodass unverständlich ist, warum dieser Kurs auch nach dem Scheitern des ARCSS Abkommens relativ unbeirrt weiterverfolgt wird.

Durch die im Friedensabkommen ARCSS von 2015 verfolgte Machtteilungsstrategie wurden wichtige Konfliktursachen, potenziell destabilisierende Gruppen sowie die Einbindung der zivilen Bevölkerung vernachlässigt. In der südlichen Region Equatoria wurde mit dem Abschluss des Abkommens sogar indirekt die Motivation verschiedener Gruppen erhöht, für ihren Platz am Verhandlungstisch, den eigenen Selbstschutz oder die Durchsetzung ihrer lokalen Anliegen gewaltsam zu kämpfen. Die Region wurde traditionell von der Regierung in Juba vernachlässigt und das dortige Ackerland oftmals gewaltsam durch von der Regierung unterstützte Viehhalter zerstört. Vertreter_innen der Region waren von den Friedensverhandlungen 2015 weitgehend ausgeschlossen und hatten somit keinen Einfluss auf die Formierung der neuen Übergangsregierung. Als nach dem Scheitern der Übergangsregierung und der Flucht Machars durch diese Region die lokale Bevölkerung der Unterstützung der SPLM-IO beschuldigt und darum von der Regierungsarmee angegriffen wurde, blieb auch bisher nicht gewaltbereiten Akteuren kaum eine andere Wahl, als den bewaffneten Kampf aufzunehmen oder zu fliehen.¹

Bereits zuvor hatte das Friedensabkommen neue Anreize zur militärischen Mobilisierung von Milizen in der Region

1. Vgl. de Vries, Lotje / Schomerus, Mareike (2017): »South Sudan's Civil War Will Not End with a Peace Deal«, in: Peace Review 29 (3): 333–340.

geschaffen, die ebenfalls in die Regierung und Armee integriert werden wollten. So ist die im Friedensabkommen in Aussicht gestellte Integration der SPLM-IO in die Regierungsarmee laut Expert_innen für die Mobilmachung verschiedener bewaffneter Akteure vor allem in Equatoria mitverantwortlich, die vorher nicht zur SPLM-IO gehörten, nach dem Scheitern des Abkommens aber bereit waren, für diese zu kämpfen.

Nach dem Scheitern von ARCSS: Wer kämpft gegen wen?

Mittlerweile werden die Kämpfe nur noch begrenzt von den Unterzeichnern des Friedensabkommens von 2015 kontrolliert. Das Expert_innengremium des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen (VN) bestätigt in einem Bericht vom 20. September 2017, dass die Kämpfe zwischen einer zunehmenden Anzahl von oppositionellen Gruppen mit einer verstärkten geografischen Verbreitung stattfinden. Diese Gruppen kämpfen gegen eine aufgrund von andauernden Waffenlieferungen hochgerüstete Regierungsarmee.²

Was in Medienberichten weiterhin als Kampf zwischen der Regierungsarmee SPLM unter dem Kommando von Präsident Kiir und der Rebellion der SPLM-IO unter Riek Machar beschrieben wird, ist in der Realität weit aus komplexer. Politischen Eliten mit nationalen Ambitionen gelingt es mittlerweile zunehmend, lokale und historisch gewachsene Ursachen von Konflikten für ihre Ziele auszubeuten. So kooperiert die Regierungsarmee bei militärischen Offensiven seit Juli 2016 verstärkt mit kurzfristig rekrutierten lokalen Milizen, die sich in ihrer jeweiligen Region benachteiligt fühlen. Zudem verfügt die Regierung über eine dem Präsidenten verpflichtete paramilitärische Miliz, die außerhalb der militärischen Hierarchie steht. Ziel der Angriffe der Regierungspartei und der regierungstreuen Milizen sind Gebiete, in denen man Sympathien für die bewaffnete Opposition vermutet. Hierzu gehören das südliche Equatoria sowie die nördliche Region Upper Nile. Die Regierungsarmee ist laut Expertengremium der VN für die meisten Angriffe auf die Zivilbevölkerung verantwortlich.³

Der kleinste gemeinsame Nenner, der den Zusammenhalt zwischen der Regierung, der Regierungspartei SPLM, dem Militär sowie wichtigen informellen Gruppen, wie z. B. dem Ältestenrat der Dinka in Juba, bisher absicherte, ist die Ablehnung einer breiteren politischen Machtteilung, welche die politische und wirtschaftliche Dominanz derzeit einflussreicher Gruppen in Juba gefährden könnte. Durch die kleiner werdenden finanziellen Ressourcen wird eine Aufrechterhaltung dieses Zusammenhalts aber immer schwieriger. Zudem ist durch die zunehmende Fragmentierung der bewaffneten Opposition auch das gemeinsame Feindbild verschwunden. Dieses Feindbild zwang die Führung von Armee und Regierung in Juba von 2013 bis 2016 zur Zusammenarbeit, um Riek Machar und mit ihm verbundene politische und militärische Eliten aus Juba zu verdrängen und die von der internationalen Gemeinschaft angestrebte Machtteilung zu beenden. Dieser Zusammenhalt innerhalb der politischen Elite in Juba hat jedoch drastisch abgenommen, sodass es zunehmend zu politischen Konflikten innerhalb der aktuellen Regierungskoalition in Juba kommt.

Bei diesem Konflikt geht es auch um die Frage, welche Untergruppe der Dinka in der aktuellen militärischen Konfrontation am meisten geopfert hat und wer dem Präsidenten in der Zukunft nachfolgen soll.⁴ Ständig machen neue Gerüchte über einen bevorstehenden partei- und/oder armeeinternen Putsch die Runde. Die Absetzung des einflussreichen Ex-Militärchefs Paul Malong und dessen Hausarrest haben die Gerüchteküche weiter angeheizt. Die wirtschaftliche Krise als Konsequenz des Konflikts hat dazu geführt, dass Gehälter für den öffentlichen Dienst und das Militär nicht mehr bezahlt werden können. Die Rekordinflation hat zu einem massiven Anstieg von Lebensmittelpreisen in Juba geführt, die Kriminalität nimmt zu und die wachsende Unzufriedenheit im von der Regierung kontrollierten Juba bedeutet ein erhöhtes Risiko für die Stabilität der Regierung. Zudem haben in den letzten Monaten bewaffnete Gruppen, wie die South Sudan Patriotic Army (SSPA), die von einem desertierten Kommandeur aus der Bevölkerungsgruppe der Dinka angeführt wird, erfolgreich Regierungsposten angegriffen. Dies zeigt die Fragilität der Regierung in Juba und auch, dass der Konflikt ursächlich kein ethnischer ist.

2. Vgl. UNSC (2017): Letter dated 20 September 2017 from the Panel of Experts on South Sudan addressed to the President of the Security Council, S. 3.

3. Vgl. UNSC (2017), S. 1.

4. Vgl. UNSC (2017), S. 5.

Das Label SPLM-IO der bewaffneten Opposition hat sich seit Juli 2016 verselbstständigt. Ganz verschiedene Gruppen, die gegen die Regierung oder für den eigenen Schutz kämpfen, geben mittlerweile an, Teil der SPLM-IO zu sein oder diese zu unterstützen. Davon waren viele kein Teil der zwischen 2013 und dem Friedensabkommen 2015 von Machar angeführten SPLM-IO. Inzwischen ist die SPLM-IO zu einer Art Marke geworden, die von verschiedenen Akteuren – auch außerhalb der Regionen im Norden des Landes, in denen Machar traditionell Unterstützung genießt – genutzt wird, aber nicht mehr von einer zentralen Kommandostruktur gesteuert wird.

Nachdem wichtige Generäle aus der Regierungsarmee ausgeschieden sind und jeweils eigene Rebellengruppen gegründet haben, ist der ehemalige Vize-Präsident Riek Machar nicht mehr der einzige und vermutlich auch nicht mehr der entscheidendste Vertreter von Gruppen, die derzeit gegen die Regierung kämpfen. Wer im Südsudan überhaupt noch auf das Kommando von Riek Machar hört, ist unklar. Sein Einfluss ist durch sein erzwungenes Exil im Ausland und seine Unfähigkeit, logistische Unterstützung für die SPLM-IO zu organisieren, geschwächt worden.

Die unterschiedlichen oppositionellen bewaffneten Akteure im Südsudan kämpfen teils für nationale, teils für lokale politische Ziele. Die abnehmende Fähigkeit der SPLM-IO, abgestimmte politische Positionen zu erarbeiten und für diese in der Region zu werben, ist eine Konsequenz. Die neu gegründete National Salvation Front (NAS) unter dem vormals hochrangigen Mitglied der Regierungsarmee Thomas Cirillo versucht sich unterdessen, als führende Kraft der bewaffneten Opposition zu etablieren. Dabei kommt es zu Konflikten mit der SPLM-IO. Cirillo war Anfang des Jahres 2017 aus der SPLM zurückgetreten. Er wirft der Regierung gezielte Angriffe auf die Zivilbevölkerung und eine bewusste Ethnisierung des Konflikts vor.

Größte Herausforderung für die verschiedenen bewaffneten Oppositionsgruppen und Selbstschutz-Milizen bleibt der eingeschränkte Zugang zu Waffen und damit der deutliche militärische Nachteil gegenüber der Regierungsarmee. Die bewaffneten Oppositionsgruppen können aber auf die Abneigung gegen die Regierung in vielen Landesteilen, in den Schutzzonen der VN sowie in den Flüchtlingslagern in den Nachbarländern bauen. Hierbei spielen lokale Konflikte um Vieh sowie Weide- und Ackerland eine entscheidende Rolle für die Motiva-

tion, auch von Zivilist_innen, die sich von der Regierung diskriminiert fühlen, sich der SPLM-IO anzuschließen.

Wie aussichtsreich der fragmentierte Kampf dieser Gruppen ist, lässt sich schwer bewerten. Eine Guerilla-Strategie seitens jener Gruppen, welche die Zufahrtswege für Lebensmittel und Benzin nach Juba blockieren oder die Ölförderung sabotieren, könnte die Stabilität der Regierung in Juba mit vergleichsweise geringem Aufwand weiter gefährden. Entscheidend für die aktuelle Konfliktdynamik ist, dass in großen Teilen der Bevölkerung die Regierung von Präsident Kiir kaum noch Legitimität genießt, sondern vor allem als Bedrohung wahrgenommen wird. Die Konsequenz daraus ist, dass sich viele Zivilist_innen entweder der SPLM-IO oder der NAS anschließen, eigene lokale Milizen zum Selbstschutz gründen oder fliehen.

Damit zeigt sich, dass eine Zweiteilung des Konflikts in das Muster »Dinka gegen andere Bevölkerungsgruppen« oder »Kiir gegen Machar« nicht funktioniert. Künftige Friedensinitiativen müssen auf diese veränderte Konstellation reagieren.

Derzeitige Friedensinitiativen

Derweil laufen verschiedene parallele, international unterstützte Prozesse, um die Situation zu verbessern. All diese Initiativen konnten die Kämpfe jedoch bisher nicht einschränken und werden der Komplexität der aktuellen Situation im Südsudan offenbar nicht gerecht. Laut Expertengremium des VN-Sicherheitsrates kann die mangelnde Kohärenz und ausbleibende Effektivität aktueller Friedensinitiativen zu großen Teilen auf die Rivalität der Nachbarländer und den mangelnden politischen Willen der internationalen Gemeinschaft zurückgeführt werden. Diese Inkohärenz in der Region und darüber hinaus wird von der Regierung im Südsudan für die Durchsetzung ihrer Interessen genutzt. Laut dem VN-Expertengremium gelingt es der Regierung gut, nach außen Bereitschaft zu zeigen, sich an den verschiedenen Friedensinitiativen zu beteiligen, um gleichzeitig Zeit für die Durchführung militärischer Offensiven zu gewinnen.⁵ Inkohärenz und konzeptionelle Probleme derzeit laufender Friedensinitiativen spielen somit denen in die Hände, die eine militärische Lösung erzwingen wollen.

5. Vgl. UNSC (2017), S. 10.

Im Vordergrund derzeitiger Bemühungen steht weiterhin das Ziel, einen Frieden in der Hauptstadt zu erreichen, der sich anschließend ausbreiten soll. Ein vom Präsidenten angekündigter und von der internationalen Gemeinschaft geförderter nationaler Dialog wird jedoch von entscheidenden Oppositionsgruppen boykottiert und von Vertreter_innen der Zivilgesellschaft scharf kritisiert, weil sie diesen als Schaufensterpolitik der Regierung interpretieren, welche unterdessen weitere militärische Offensiven durchführt und bereits von der Durchführung von Wahlen 2018 spricht, die laut ARCSS Anfang 2018 anstehen.

Die bereits 2015 in Tansania zwischen Kiir, Machar und weiteren ehemaligen hochrangigen SPLM-Politiker_innen vereinbarte Reform der Regierungspartei SPLM unter Einbindung der verfeindeten Gruppen, die 2013 aus Parteiämtern entlassen worden waren, wird vom ugandischen Präsidenten Museveni mit gesteigertem Engagement angestrebt, hat aber bisher nicht zu Ergebnissen geführt. Unstreitig ist, dass eine Reform der Regierungspartei und der Regierungsarmee erforderlich bleibt. Inzwischen ist der Konflikt aber nicht mehr allein ein Konflikt zwischen unterschiedlichen Fraktionen in der Regierung oder der Armee, sondern umfasst ein wesentlich breiteres Spektrum an Akteuren.

Die Regionalorganisation IGAD und die internationale Gemeinschaft versuchen derweil verzweifelt, das gescheiterte Friedensabkommen ARCSS und seine acht Kapitel wiederzubeleben. Jüngste Rettungsaktion ist das sogenannte Forum zur Wiederbelebung von ARCSS (»Revitalization Forum«), bei dem jedoch nicht klar ist, ob entscheidende Akteure wie Machars SPLM-IO, Cirillos NAS oder auch die Dinka-Miliz SSPA teilnehmen werden, die alle zudem nicht (mehr) über genügend Einfluss verfügen, um andere bewaffnete Gruppen zu einer Waffenniederlegung zu bewegen. Auch die zunehmende Spaltung innerhalb der Regierung in Juba kann in diesem Format nicht bearbeitet werden. Zwar spricht IGAD von der Einbindung weiterer bewaffneter Gruppen und der Zivilgesellschaft, ohne allerdings Kriterien aufzustellen, welche Gruppen in welcher Form eingebunden werden sollen.

Die Vermischung lokaler und nationaler Konfliktgegenstände erschwert die Entwicklung solcher Kriterien. Zudem ist IGAD intern zerstritten und es bleibt unklar, wer überhaupt für die Durchsetzung des Abkommens

sorgen könnte. Die Afrikanische Union und ihr Sondergesandter Oumar Konaré bemühen sich ebenfalls, das aktuelle Friedensabkommen zu retten. Es fehlt aber der politische Wille in der Region bzw. der AU sowie in der internationalen Gemeinschaft, sich breiter und lokal sensibler zu engagieren und die verschiedenen Friedensprozesse effektiver zu koordinieren. Unklar bleibt zudem, wie der nationale Dialog und das Friedensabkommen zusammenhängen sollen. Grundsätzlich stellt sich die Frage, wie ein Abkommen, das es nicht vermochte, den Konflikt ab 2013 zu beenden, geeignet sein soll, einen sich seit 2016 strukturell verändernden Konflikt mit den gleichen Instrumenten zu beenden. Darüber hinaus läuft das Abkommen Anfang 2018 aus. Der Abschluss von ARCSS sollen Wahlen sein, von denen selbst die sonst so diplomatische Leitung von UNMISS in der derzeitigen Situation abrät. Eine Teilnahme der Mehrheit der Bevölkerung und eine glaubwürdige Organisation dieser Wahlen wäre angesichts der andauernden Kämpfe in verschiedenen Landesteilen derzeit unmöglich.

Die Einrichtung eines internationalen Protektorats für den Südsudan wird von einigen Lobbygruppen in den USA weiterhin empfohlen. Diese Idee ignoriert aber die politische Geschichte des Landes und den Stolz auf die Unabhängigkeit und würde vermutlich zu einem brutalen Abwehrkampf gegen eine solche von außen eingesetzte Verwaltung führen. Ein Waffenembargo wäre nach wie vor wichtig, ist aber im Sicherheitsrat bereits einmal gescheitert. Zudem würde dies angesichts der zahlreichen bereits im Land vorhandenen Waffen zwar zu einer wichtigen Milderung der Kämpfe führen, nicht jedoch zu deren Ende. Die inzwischen über 15.000 Blauhelme der VN-Mission UNMISS leisten wichtige Arbeit beim Schutz von über 200.000 Zivilist_innen und bei der Absicherung von Hilfslieferungen. Für eine politische Lösung des Konflikts zu sorgen, ist aber nicht deren Aufgabe.

Was sollte getan werden?

Mit den derzeit verfolgten Ansätzen kann man der Komplexität des Konflikts, insbesondere den zunehmend lokalen Dynamiken und Konfliktgegenständen der aktuellen Gewalt nicht gerecht werden. Solange weitergekämpft wird, gilt es zunächst, der notleidenden Bevölkerung zur Seite zu stehen. Die humanitäre Hilfe müsste hierfür in den Flüchtlingscamps in Uganda und

für die Binnenvertriebenen aufgestockt werden. Über 7,5 Millionen Menschen sind insgesamt auf dringende humanitäre Hilfe angewiesen. Die Hilfswerke der VN leisten hierbei wichtige Arbeit, leider aber unter Engpässen bei der Finanzierung. Die Blauhelmission UNMISS muss diese Hilfe innerhalb des Südsudan absichern und weiterhin Zivilist_innen schützen. Die Verlängerung ihres Mandats bleibt daher dringend notwendig.

UNMISS hat die Umsetzung ihres Mandats unter der neuen Leitung des Neuseeländers David Shearer seit Ende 2016 schrittweise verbessert. Unklar bleibt weiterhin, wann und unter welchen Bedingungen es zum Einsatz der Regional Protection Force kommen kann, die im Rahmen von UNMISS mit einem robusteren Mandat ausgestattet ist. Ihr Einsatz außerhalb von Juba wäre für einen Erfolg entscheidend, während ihr exklusiver Einsatz in Juba weiterhin das gesteigerte Risiko einer Konfrontation mit der Regierungsarmee bedeutet.

Die Suche nach Möglichkeiten der politischen Konfliktlösung sollte mit der Frage beginnen, wer den größten Einfluss auf die derzeit Kämpfenden hat. Hier muss für eine unmittelbare Beendigung der Kämpfe und Kriegsverbrechen angesetzt werden. Dann stellt sich die Frage, wie eine friedliche Austragung von politischen Konflikten im Südsudan, die Stärkung der Legitimität von politischen Entscheidungsprozessen sowie Versöhnung und gesellschaftliches Vertrauen mittel- bis langfristig erreicht werden können. Lösungsansätze, die lediglich einzelne Gruppen bzw. deren Anführer in der Hauptstadt stärken, werden nicht zu Frieden führen. Hierzu gehören Initiativen, die weiterhin allein eine Machtteilung in Juba als Ziel haben. Daher stehen auch die Chancen für eine Wiederbelebung des Friedensabkommens schlecht. Auch wenn der Druck auf die Regierung in Juba und die bewaffneten Oppositionsgruppen mit nationalen Ambitionen wichtig bleibt, um eine Reduzierung der Kämpfe erreichen zu können: Ein Frieden in Juba ist kein Frieden für den Südsudan.

Das größte Potenzial für unmittelbar effektiven Druck liegt in der Nachbarschaft des Südsudan. Würde die Unterstützung der verschiedenen bewaffneten Akteure durch einzelne Nachbarländer wegfallen, wäre eine Fortsetzung der Kämpfe schwieriger. Die Regierung in Juba ist abhängig vom Beistand verschiedener Nachbarländer, um an Waffenlieferungen und logistische Unterstützung zu gelangen. Die bewaffnete Opposition hofft weiterhin

auf logistische Hilfe aus der Region, obwohl diese nicht mehr wie in der Vergangenheit erfolgt. Regierung und oppositionelle bewaffnete Gruppen im Südsudan profitieren politisch von der Uneinigkeit und den Konflikten zwischen anderen Ländern der Region, beispielsweise vom Streit um die Nutzung des Nilwassers.

Sollten die Nachbarländer ihre bilateralen Interessen im Südsudan nicht mehr gegen-, sondern miteinander durchsetzen, wäre ein Schweigen der Waffen wahrscheinlicher. Bisher ist es aber nicht gelungen, einen kohärenten, regional tragfähigen Friedensprozess für den Südsudan zu etablieren. Ein tragfähiger Regionalprozess müsste umfassender, partizipativer und mit klareren Kriterien der Teilnahme ausgestattet sein, als es innerhalb der Regionalorganisation IGAD möglich ist, sowie flexibler als derzeit innerhalb der AU.

Gefragt sind innovative, regionale Gesprächsformate, wobei es auch um die Diskussion eines neuartigen regionalen Ordnungsrahmens gehen müsste. Solche Formate können aber nur dann funktionieren, wenn es dabei zu einer gemeinsamen Formulierung von Zielen und Prinzipien kommt, die der Südsudan und die Nachbarländer teilen. Es müsste einen offenen Austausch darüber geben, wie regionale Sicherheit künftig miteinander und nicht mehr gegeneinander verwirklicht werden kann. Dies ist weniger utopisch, als es klingt, braucht aber einen langen Atem und international koordinierten Druck auf Juba und die Region.

In der Geschichte internationaler Konfliktlösungen haben immer wieder neuartige Gesprächsformate unerwartete Durchbrüche erreichen können. Von der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) im Ost-West-Konflikt bis zu den P5+1-Gesprächen im Konflikt mit Iran: Jenseits bestehender Organisationen mit innovativen Dialog-Formaten und mit langem Atem konnten Erfolge erreicht werden, die vorher nicht erreichbar erschienen. Warum sollte dies im Falle des regionalisierten Südsudan-Konflikts nicht ebenfalls möglich sein.

Während die regionale Zusammenarbeit für eine Regulierung der derzeitigen Kämpfe um die politische Macht in Juba entscheidend ist, wäre für eine mittel- bis langfristige Stabilisierung des Landes die Entwicklung von neuartigen, vertrauensbildenden und lokalsensiblen Dialogprozessen im Land entscheidend. Die nach der Unabhängigkeit ungeklärten Fragen, wie ein friedliches

Zusammenleben im Südsudan erreicht werden könnte, müssten zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen, zwischen gewaltbereiten und historisch verfeindeten Eliten innerhalb und außerhalb der militarisierten SPLM, mit traditionell anerkannten politischen Akteuren auf lokaler Ebene, aber auch mit den jungen progressiven Nichtregierungseliten in der Hauptstadt (und im Ausland) sowie mit der SPLM-Regierung auf unterschiedlichen Staatsebenen beantwortet werden.

Der derzeit von der Regierung angekündigte nationale Dialog kann aufgrund der Dominanz der Regierung in der Durchführung, der mangelhaften Inklusion wichtiger Gruppen, der kurzen Laufzeit im derzeit verfolgten Format sowie der kurzen Zeitspanne bis zu den angestrebten Wahlen im Jahr 2018 jedoch kaum als ein solcher Prozess angesehen werden. Inzwischen hat die Regierung auf einige der Kritikpunkte an diesem nationalen Dialog reagiert. Viele Expert_innen bleiben aber skeptisch, ob die Regierung überhaupt an einem ernsthaften Dialog Interesse hat, zumal der Raum für freie Meinungsäußerungen durch das Vorgehen der Regierung im Land selbst immer kleiner wird.

Die zunehmenden Verweise von Präsident Kiir auf die Notwendigkeit von Wahlen Anfang des Jahres 2018 deuten darauf hin, dass die Wahlen das eigentliche Ziel sind und der nationale Dialog eher als Pflichtübung auf dem Weg dorthin angesehen wird, um der internationalen Gemeinschaft Dialogbereitschaft zu signalisieren. Letztlich entscheiden die Bedingungen der Teilnahme, Möglichkeiten zur Vertrauensbildung und das Format, ob sich durch Dialog die Chancen auf Frieden verbessern können.

Die Erfolgsaussichten international unterstützter Dialogprozesse würden steigen, wenn diese zunächst nicht mehr allein von einer zentralisierten Lösung durch Machtteilung in Juba ausgehen würden. Ein künftiger Frieden wird vermutlich nicht in einem Anlauf für das ganze Land erreicht werden können; einen »trickle down«-Frieden, der sich von Juba ausbreitet, wird es nicht geben. Ebenso wenig wird es allein durch Versöhnungsbemühungen auf Graswurzelebene zu Frieden im Südsudan kommen. Zu einflussreich sind entscheidende nationale Eliten in Juba. Daher ist es wichtiger denn je, friedliche Konfliktlösungsmechanismen auch von außen zu unterstützen, ohne aber durch diese Unterstützung umstrittene politische Tatsachen zu schaffen, die später zum Wiederausbruch von Gewalt führen könnten.

Es geht um ein sensibles Nebeneinander von nationaler und lokaler Konfliktlösung. Durch die bisherigen internationalen Friedensinitiativen, vor allem seit 2013, wurde bestimmten Akteuren externe Legitimität verliehen, während sie anderen Akteuren gleichzeitig entzogen wurde. So wurden politische Lösungen von außen unterstützt, die intern gesellschaftspolitisch umstritten sind. Sobald aber ein umstrittener Status quo extern unterstützt wird, wie z. B. die aktuelle Machtteilung zwischen immer weniger SPLM-Politiker_innen in Juba, führt die Aufrechterhaltung dieses Status quo höchstens kurzfristig und partiell zu Stabilität. Langfristig steigt hierdurch vor allem das Risiko von weiterer Gewalt, weil andere Akteure die scheinbare Legitimität nicht anerkennen, aber keine Möglichkeit besitzen, friedlich für ihre eigene Legitimität zu werben.

Ein Umdenken ist notwendig. Aufgrund der geografischen Ausweitung des Konflikts und der damit verbundenen Vermischung von lokalen und nationalen Konfliktgegenständen, wäre zunächst die Formulierung von Prinzipien für Konfliktlösungsmechanismen entscheidend, die dann von der lokalen bis zur nationalen Ebene auf abgestimmte Dialogprozesse angewandt werden müssten. So sollte beispielsweise die normative Grundlage von Friedensprozessen nicht allein die kurzfristige Funktionalität sein, sondern ebenso die Unterstützung von Prozessen, welche langfristig politisch legitime Lösungen suchen und finden können. Dafür müssten sich Elitenvertreter_innen jedoch auch vor Ort der Diskussion mit der Bevölkerung stellen und nicht nur in Konferenzhotels in Nachbarländern mit der militarisierten Gegenseite verhandeln.

Parallel zur Suche von Konfliktlösungsmechanismen auf nationaler Ebene können lokale Abstimmungsprozesse über ganz konkrete Konfliktgegenstände eine Signalwirkung für die Möglichkeiten von Frieden entfachen. Die großen Fragen nach den normativen Grundlagen politischer Entscheidungsfindung im Südsudan können am einfachsten bei der Aushandlung von ganz konkreten Interessenkonflikten erörtert werden. Hierbei kann die Erfahrung der möglichen Einflussnahme auf politische Entscheidungen durch eine Teilhabe vor Ort, aber auch in Juba gemacht werden. Diese Erfahrung der politischen Beteiligung ist den meisten Südsudaner_innen bisher verwehrt geblieben.

Beispiele für solche Dialogprozesse bieten Friedensinitiativen vor der Unabhängigkeit. So konnte z. B. der New



Sudan Council of Churches (NSCC) Ende der 1990er-Jahre miteinander in lokalen Konflikten kämpfende Bevölkerungsgruppen im südlichen Sudan zu einer Friedenskonferenz zusammenzubringen. Unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft sowie religiöser bzw. traditioneller Autoritäten konnten mehrere hundert Delegierte erstens konkrete Absprachen zu Konfliktlösungsmechanismen und Vertrauensbildung erreichen sowie zweitens normativen und politischen Druck auf Milizenführer erzeugen, der den zukünftigen Griff zu den Waffen erschwerte.

Ein solcher Prozess brauchte auch damals Zeit: Der sogenannte Wunlit-Dialogprozess wurde über gut zwei Jahre vorbereitet und fand dezentral statt. Vorausgegangen waren Abstimmungsprozesse im neutralen Ausland und verschiedene weitere vorbereitende Treffen. Dies zeigt, dass Sensibilität gegenüber der jeweiligen lokalen Situation, die Einbeziehung verschiedener Gruppen

und ein langer Atem entscheidende Voraussetzungen für erfolgversprechende Friedensprozesse sind. Lehren, die auch für einen nationalen Friedensprozess zu ziehen wären.

Neben konkreten Politikgehalten müsste es bei allen Friedensbemühungen letztlich um eine Anerkennung der Heterogenität des Landes und – damit verbunden – um die Stärkung von Möglichkeiten gehen, politische Anliegen ohne Diskriminierung und Gewalt formulieren zu können – eine Erfahrung, die den meisten Südsudanern_innen bisher fehlt. Dies kann nur schwer gelingen, wenn ein Drittel der Bevölkerung ausgeschlossen bleibt; so viele Menschen sind derzeit auf der Flucht. In der jetzigen Situation politische Tatsachen durch die Anerkennung einer exklusiven Machtteilung in Juba oder die Unterstützung von eilig organisierten Wahlen zu schaffen wäre allerdings fahrlässig.



Über den Autor

Henrik Maihack studierte Politikwissenschaften an der Freien Universität Berlin. Nach Abschluss des Postgraduiertenprogramms des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE) arbeitete er für die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) zunächst im Büro in Indien und leitete danach die Projekte der FES in Bangladesch, Südsudan und in Ruanda. Seit 2017 leitet er das Büro der FES in Nairobi/Kenia.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Afrika
Hiroshimastr. 17 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dr. Manfred Öhm, Leiter des Referats Afrika

Tel.: +49-30-269-35-7442 | Fax: +49-30-269-35-9217
<http://www.fes.de/afrika>

Bestellungen/Kontakt:
Svende.Eickhoff@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.



ISBN
978-3-95861-973-9